

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

131 (7.6.1952)

# ETTlinger ZEITUNG

Ercheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeben Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 7. Juni 1952

Nr. 131

## Wiedervereinigung in Etappen Ein Vorschlag Pfeleiderers — Kritik am Überleitungsvertrag

Waiblingen (UP). Einen aufsehenerregenden Vorschlag für eine Wiedervereinigung Deutschlands machte der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Georg Pfeleiderer in einer Rede in Waiblingen, als er den deutsch-alliierten Überleitungsvertrag einer scharfen Kritik unterzog. Pfeleiderer, der dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und dem Europa-Rat angehört, glaubt, daß folgender Weg zur Einheit Deutschlands führen kann:

1. Die polnisch verwalteten Gebiete jenseits von Oder und Neisse bleiben zunächst von den Sowjets besetzt.  
2. Die Westalliierten unterhalten für eine gleiche Zeitdauer Truppen in einem entsprechenden Teil Westdeutschlands.  
3. Zwischen den beiden besetzten und möglicherweise durch „Brückenköpfe“ besetzten Teilen liegt das größere, besatzungsfreie Gebiet mit der „wahren Hauptstadt“ Deutschlands. Nationale Streitkräfte von festgelegter Stärke werden zur Sicherung eingesetzt.  
4. Die Frage von Wahlen in ganz Deutschland soll vorläufig im Interesse des Hauptzieles der Politik — der Wiedervereinigung — zurückgestellt werden.

Der sogenannte Überleitungsvertrag des Deutschlandvertrages werde sich als eine „Drachensaat“ erweisen und im innenpolitischen Leben eine ähnliche Rolle wie der Versailler Vertrag übernehmen, befürchtet Pfeleiderer. Er warnte zugleich mit ernsthaften Worten vor einigen Bestimmungen des neuen deutsch-alliierten Vertragswerks und erhob die Forderung, die Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung der Verträge zur Regelung des Problems der deutschen Wiedervereinigung zu nutzen.

Es stehe vieles in den Verträgen, so fuhr Pfeleiderer fort, „was zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt“. Auf der anderen Seite sei die Bundesrepublik der deutschen Staatshoheit wesentlich näher gekommen. Wie ein roter Faden aber ziehe sich durch viele Teile des Überleitungsvertrags und der Notstandsklausel der Gedanke, daß Unrecht nur von Deutschen, nicht aber von den Alliierten begangen werden könne.

Der Bundeskanzler habe sich mit zu vielen Professoren umgeben, die Dr. Adenauer dazu verleitet hätten, viel zu viele Paragraphen zu unterschreiben, die man notfalls unter Zwang hinnehmen, niemals aber durch seine Unterschrift hätte decken dürfen. Bei der Regelung der deutsch-alliierten Beziehungen sei den französischen Wünschen weitgehend Rechnung getragen worden.

## Relief für das Bundeshaus gesucht

Bonn (UP). Alle deutschen Künstler können sich an einem vom Bundestag ausgeschriebenen Preiswettbewerb für ein Relief beteiligen, das die Eingangswand des neuen Erweiterungsbau am Bundeshaus schmücken soll. Für den besten Reliefforschritt ist ein Preis von 1500 DM ausgesetzt worden. Als zweiter Preis sind 1000 DM ausgeschrieben, als dritter Preis 750 DM, sowie zehn weitere Preise zu je 500 DM. Dem Preisgericht gehören u. a. Bundestagspräsident Dr. Ehlers, und der Präsident der Akademie der bildenden Künste in München, Professor Josef Henselmann, an. Die Entwürfe sind bis zum 2. September einzureichen. Unterlagen können bei der Bundesbaudirektion, Bonn, Rhein-dorferstraße 118, angefordert werden.

## Teuerungszulagen für Renten in Kraft

Mehrere Landwirtschaftsgesetze gebilligt  
Bonn (UP). Der Bundestag stimmte dem vom Bundestag bereits verabschiedeten Änderungsgesetz über die Gewährung einer Teuerungszulage für Renten- und Fürsorgeempfänger zu. Das Gesetz tritt jetzt mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in Kraft. Danach erhalten die Empfänger und Familienangehörigen von Renten aus den Invaliden-, Ange-stellten- und der knappschaftlichen Rentenversicherung sowie Empfänger von Ausgleichs- und Elternrenten nach dem Bundes-versorgungsgesetz bis auf weiteres monatlich eine Teuerungszulage von drei DM. Empfänger von Unterstützungen der Arbeitslosen-fürsorge erhalten für jeden Unterstützungslag zwölf Pfennig Teuerungszulage für sich und jeden zuschlagberechtigten Angehörigen. Bei der Behandlung des Gesetzes im Bundesrat bedauerte der Vertreter Niedersachsens, daß die vorliegende Fassung Kriegsbeschädigte, Unfallverletzte und Verfolgte des Nazi-regimes nicht ausreichend berücksichtige.

Der Bundestag stimmte ferner dem Regierungsentwurf über das Getreidepreissetz-gesetz 1952/53 mit einigen Änderungen zu. Die vom Vertreter Hamburgs beantragte Streichung der Frühfruchtprämie wurde gegen die Stimmen Hamburgs und Hessens abgelehnt. Der Entwurf geht jetzt an den Bundes-lag. Das Landpachtgesetz wurde in seiner vom Bundestag verabschiedeten Fassung ge-billigt. Das Heuerlingswesen wird nach dem Gesetz nunmehr auf Bundesbasis geregelt.

Als Vertreter der Bundesländer entsandte der Bundestag in den Aufsichtsrat der Ver-bereitungsbank den Präsidenten der bayeri-schen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Josef Gebhardt, und Ministerialdirigenten To-polski (Nordrhein-Westfalen), in den Beirat der Bank Flüchtlingsminister Fiedler (Baden-Württemberg) und Finanzminister Kraft (Schleswig-Holstein).

## Bundesrat erhielt den Pariser Vertrag

Instrument zur Sicherung des Friedens — Auf dem Wege zur europäischen Föderation

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat den Vertrag über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Anwesenheit von Vertretern der Koalitionsparteien gebilligt und dem Bundesrat die beiden Ratifizierungsgesetze zu diesem Vertragswerk zugeleitet.

Die neue Vorlage gliedert sich in den eigent-lichen Vertrag über die Verteidigungsgemein-schaft und seine Zusatzabkommen, der nach Ansicht des Kabinetts der Zustimmung der Ländervertretung nicht bedarf, und ein zweites Ratifizierungsgesetz über die Rechtsstel-lung der europäischen Streitkräfte und deren Zoll- und Steuerwesen im Bundesgebiet, das die formelle Zustimmung des Bundesrats er-fordert.

Von besonderer Bedeutung sei an dem Ver-tragswerk, so heißt es in der dem Bundesrat zugeleiteten Begründung des Ratifizierungsgesetzes, daß es einen Krieg zwischen der europäischen Völkern unmöglich mache. Der Abschluß des Verteidigungsvertrages und der Deutschlandvertrages werde der Bundesre-publik die denkbar größte Sicherheit gegenüber der Sowjetunion bringen. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei niemals ein Instrument des Angriffs. Der Abschluß der Verträge stelle ferner die erste Etappe für die Wiedervereinigung Deutschlands in Friede und Freiheit dar. Der Vertrag gehe bereit- jetzt weit über das ursprüngliche Ziel der

richtung eines Damms gegen den Osten hin-aus und mache die Bildung eines vereinigter Europas möglich.

Dr. Adenauer versicherte in einem Inter-view, daß sich die Bundesregierung nach Ab-schluß der wichtigen außenpolitischen Ar-beiten mit verstärkter Kraft den innenpoli-tischen Problemen zuwenden werde, um eine gerechte soziale Ordnung zu erreichen. Der Abschluß der Verträge mit den Westmäch-tern und die Eingliederung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker „wird die soziale Lage unseres Volkes keinesfalls verschlechtern“, erklärte der Kanzler. „Ich bin davon überzeugt, daß mit Europa auch unser Volk einen großen Aufstieg erleben wird, der letzten Endes jeder einzelne zu spüren be-kommt“. Ausgaben für militärische Zwecke wie sie die beiden Verträge mit sich bringen, seien nie erfreuliche Ausgaben. Aber kein Volk könne sich den Aufwendungen für seine Verteidigung entziehen.

Der Schumanplan, der Deutschlandvertrag und der Vertrag über die Europäische Ver-teidigungsgemeinschaft seien unter dem Leitge-fanken des Zusammenschlusses Europas ab-geschlossen worden. Am deutlichsten in die Zukunft weise der Artikel 37 des Verträgeungsvertrages, in dem zum ersten Mal die Bildung eines föderalistisch und konfödera-listisch organisierten Europa als gemeinsames Staatsziel zefordert werde.

## Aenderungswünsche für Lastenausgleich

Ueberweisung an den Vermittlungsausschuß — Die Einwendungen der Bundesländer

Bonn (UP). Der Bundesrat hat das vom Bundestag verabschiedete Gesetz über eine allgemeine Lastenausgleich erwartungsgemäß nicht gebilligt, sondern den Vermittlungsaus-schuß zwischen beiden Gremien angerufen. Dieser wird jetzt versuchen, einen Kompromiß zwischen dem zum Teil weitgehenden Aenderungswünschen der Ländervertreter und der verabschiedeten Fassung des Bundes-tages zu finden.

Ferner lehnte der Bundesrat das ebenfalls vom Bundestag verabschiedete Gesetz über die Einfügung eines Artikels 129a in das Grundgesetz ab, der die Durchführung des Lastenausgleichs in teilweiser Auftragsver-waltung der Länder ermöglichen soll. Auch in diesem Falle wurde der Vermittlungsaus-schuß angerufen.

Der Vorsitzende des „Sonderausschusses Lastenausgleich“ im Bundesrat, Senator Du-dek, unterstrich die große wirtschaftliche finanzielle und vor allem soziale Bedeutung des Lastenausgleichs, bei dem die Forderungen und Vorschläge des Bundesrats nur zu einem Teil berücksichtigt worden seien. Diese beziehen sich vor allem auf die Gestaltung der Hauptentschädigung, die Finanzierung der Kriegsschadenrente und die Heranziehung der Vermögenssteuer. Bundesflüchtlingsmini-ster Dr. Lukatschek beschwor die Bundesrats-mitglieder, von der Überweisung an den Ver-mittlungsausschuß Abstand zu nehmen. Der Lastenausgleich müsse so schnell wie möglich verwirklicht werden, damit die Not gelindert werden könne.

Die Vertreter Hessens lehnten trotzdem das vorliegende Gesetz ab, weil es unzulänglich sei und nicht dem entspreche, was die Geschädigten erwarten könnten. Der Vertreter Niedersachsens machte die Zustimmung davon abhängig, daß das Gesetz die sofortige Fälligkeit der Vermögensabgabe einschließt. Anstelle der Abgaberegung des Gesetzes wünscht Niedersachsen ein Gesetz über ein Bundesnot-opfer, das vom 1. April 1952 an die privaten Vermögen zu einem erheblichen Prozentsatz einer sofort fälligen Abgabe unterwerfen soll. Bayern wünscht die Heranziehung der öffent-lichen Hand nur dann, wenn die Einnahmen des Ausgleichsfonds zur Deckung der Leistun-gen an die Geschädigten nicht ausreichen.

Die Mehrheit des Bundesrates entschloß sich in der umstrittenen Frage der Heranzie-hung der öffentlichen Hand, dem Antrag Bayerns zuzustimmen und den Vermittlung-sausschuß aufzufordern, das Gesetz in dieser Weise abzuändern. Die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen stimmten dagegen. Baden-Württemberg enthielt sich der Stimme. Das Problem „soziale“ oder „quotale“ Haupt-entschädigung will die Mehrheit des Bundes-rats im Vermittlungsausschuß ganz ohne Schä-densgruppen geregelt wissen. Die Feststel-lung des Schadens soll nach dem Feststellungs-gesetz erfolgen. Der Höchstbetrag für die Ent-schädigung soll 35 000 DM betragen, wenn nach dem Feststellungsgesetz feststeht, daß der Schaden mehr als 475 000 Reichsmark be-trug. Ein Antrag Hamburgs, 15 Schadensgrup-pen mit einem Höchstschadensbetrag von 150 000 Reichsmark festzusetzen, wurde abgelehnt.

Der Bundesrat hat sich ferner für eine An-derung der Bestimmungen über die Wohn-raumhilfe ausgesprochen. Der Paragraph 350 des Gesetzes soll danach folgenden Wortlaut haben: „Für Zwecke der Wohnraumhilfe sind die Reinerträge aus der Hypothekengewinn-abgabe, mindestens jedoch jährlich 300 Millio-

nen DM bereitzustellen. Die Mittel werden den Ländern darlehensweise zur Verfügung gestellt.“ In der vom Bundestag verabschiedeten Fassung war über die Quelle der Beträge für die Wohnraumhilfe nichts gesagt.

Die Teuerungszulage zur Unterhaltshilfe, die der Bundestag in einem besonderen Ge-setz niedergelegt hatte, sollen nach dem Wunsch der Ländervertreter in die betreffen-den Bestimmungen im Lastenausgleichgesetz selbst hineingetragen werden. Dadurch er-übrigte sich eine Stellungnahme zu dem Teue-rungszulagegesetz. Der Vermittlungsausschuß wird nun über die Einbeziehung entscheiden. Der Bundesrat forderte ferner gegen die Stimmen von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die bevor-zugte Berücksichtigung der Länder mit über-durchschnittlicher Arbeitslosigkeit bei der Verteilung der Mittel für die Gewährung von Arbeitsplatzdarlehen.

Die Heranziehung der Vermögenssteuer lehnte der Bundesrat in allen Einzelheiten ab, weil sie aus hauswirtschaftlichen Gründen untragbar sei. Die Länder könnten auf das Aufkommen aus der Vermögenssteuer nicht verzichten.

## Kather droht mit Ablehnung

Der Vorsitzende des Bundesvertriebenen Deutscher, Dr. Linus Kather, kritisierte mit großer Schärfe den Beschluß des Bundesrats, in der Frage des Lastenausgleichs den Ver-mittlungsausschuß anzurufen. Die Heimatver-triebenen-Abgeordneten hätten ihr „Ja“ im Bundestag ausdrücklich unter dem Vorbehalt abgegeben, daß im Bundesrat und im Ver-mittlungsausschuß keine Verschlechterung des Aufkommens herbeigeführt werden dürfe. Die Beschlüsse des Bundesrats zu diesem Thema würden aber eine Kürzung des Jahresauf-kommens für den Lastenausgleich um 750 Millionen DM verursachen. Das „Ja“ der Heimatvertriebenen werde automatisch zum „Nein“, wenn auch nur ein Teil der Vorschläge des Bundesrates im Vermittlungsausschuß an-genommen und Gesetz würde.

Die Bundesstelle für Auswanderungswesen soll voraussichtlich noch im Juni von Bremen nach Koblenz verlegt werden.

Auch nach Jugoslawien können auf Grund des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 69/52 des Bundeswirtschaftsministeriums Devisen für nichtgeschäftliche Reisen erworben werden.

Der Arbeitskreis evang. CDU-Politiker hat Bundestagspräsident Dr. Ehlers zu seinem Vorsitzenden und Sprecher gewählt.

Papst Pius XII. empfing Kardinal Spell-man, den Erzbischof von New York, der am Eucharistischen Kongreß in Barcelona teil-genommen hatte.

Die Verstaatlichung des Rundfunks im Saarland sieht ein Gesetzentwurf vor, der jetzt in Saarbrücken bekannt wurde.

Der türkische Ministerpräsident und sein Außenminister wurden für Anfang kommen-den Monats zu einem Besuch nach London eingeladen; bei dieser Gelegenheit soll das vielumstrittene Nahost- und Mittelmeerber-kehrungsprotokoll erörtert werden.

Die Generalversammlung der UN wird, wie Generalsekretär Trygve Lie bekanntgab, wegen Organisationschwierigkeiten nicht wie gewöhnlich am 15. September, sondern erst am 14. Oktober dieses Jahres eröffnet werden.

## Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Im „kalten Krieg“ zwischen Ost und West hat sich am exponiertesten Berührungspunkt der beiden Machtbereiche, in Berlin, ein Störungsfeuer entwickelt, bei dem die verschie-denartigsten Waffen eingesetzt werden. Sofort nach der Abrisung der Zonengrenze gegen Westen durch Sperrbezirke und Stacheldraht-verhaue folgte die Zernierung Westberlins. Durch diese Maßnahmen wurde zwar niemand überrascht, denn Pankow hatte ja schon lange genug Repressalien nach der Unterzeichnung der Bonner und Pariser Verträge der Bundes-republik mit den Westmächten angekündigt. Die Sowjets beließen es aber nicht bei einer förmlichen Belagerung der von den Amerika-nern, Engländern und Franzosen besetzten Teile der früheren Reichshauptstadt, sondern sie senden fortwährend Stoßtrupps über die Sektorengrenzen, die in gefährlicher Weise Zwischenfälle provozieren. Exklaven wurden widerrechtlich besetzt, die Grenzziehung an mehreren Stellen eigenmächtig geändert, Per-sonen gewaltsam verschleppt und bei manchen Gelegenheiten machten die ostzonalen Poli-zisten sogar von ihren Schußwaffen Gebrauch.

Die Gegenreaktionen des Westens begnügten sich bisher mit mehr oder minder scharfen Protesten und der Umzingelung des großen Rundfunkgebüdes an der Masuren-Allee, das — obwohl im britischen Sektor gelegen — bisher immer noch die Zentrale des ostdeut-schen Sendernetzes war. Bürgermeister Reuter und die westalliierten Stadtkommandan-ten haben dabei trotz aller Schikanen und Terrorakte der Gegner ruhige Nerven be-wahrt. Und dies ist vielleicht auch das einzig richtige Rezept, um den Machthabern von Pankow zu demonstrieren, daß sie falsch spekulieren, wenn sie als Erfolg ihrer derzeitigen Politik ein „Weichwerden“ der Westberliner erwarten.

Andererseits muß man sich nun aber doch die Frage vorlegen, ob die von Moskau und Pankow eingeschlagene Taktik des Terrors und der Erpressung sich mit dem angeblichen Wunsch des Kremles kombinieren läßt, durch Vier-Mächte-Verhandlungen eine Bereinigung des gesamtdeutschen Problems anzustreben. Das Klima für eine solche Konferenz hat sich in den letzten Tagen zusehends verschlechtert. Am auffallendsten war dies in Frankreich zu beobachten, das bisher am ehesten den so-wjetischen Vorschlägen zugänglich war, was jedoch nicht etwa in weltpolitischer Erwägung seine Ursache hatte, sondern vielmehr in der Hoffnung, durch eine Entspan-nung zwischen Ost und West die aus alten Ressentiments geführte deutsche Auf-rüstung vermeiden zu können. Nun aber hat irrtümlicherweise der Außenpolitische Aus-schuß der Pariser Nationalversammlung mit allen Stimmen gegen die kommunistischen die sofortige Aufnahme solcher Verhandlungen abgelehnt.

Statt dessen treten nun in Paris Delegatio-nen der drei Westmächte zusammen, um deren Antwort auf die letzte Deutschlandnote Mos-kau zu formulieren. Sie werden dabei vor-sichtig zu Werke gehen müssen, denn inzwi-schen hat sich bei uns die Situation in man-cher Hinsicht geändert. Sowohl Dr. Adenauer wie Dr. Schumacher haben sich — wenngleich nur im Prinzip, nicht in der Methode einig — für eine Vier-Mächte-Konferenz ausgespro-chen. Und es kann auch nicht geleugnet wer-den, daß die sowjetischen Parolen in der Bundesrepublik in manchen Kreisen wirksam wurden, die bislang im Lager der kompromi-sslosen Gegner des Bolschewismus standen.

Interessanterweise sind dabei auch im Füh-rungskreis der Gewerkschaften politische Ein-brüche erfolgt. Ihre prominentesten Funktio-näre verwarfen sich zwar gegen eine Ver-zückung ihres Kampfes um das Mitbestim-mungsgesetz mit außenpolitischen Streitfragen, jedoch die Praxis ihrer Demonstrationen paßt durchaus nicht zu dieser Direktive. Bei zahlreichen Kundgebungen beschränkten sich die Redner keineswegs auf das erwähnte Ziel, sondern sie zogen mit heftigen Polemiken gegen die Bestimmungen der Bonner und Pa-riser Verträge zu Felde. Indes man auf Tran-sparenzen den Satz Schumachers lesen konnte: „Wer den Generalvertrag billigt, hört auf ein Deutscher zu sein“, ergänzt durch die kommunistische Parole: „Für einen Friedens-vertrag: gegen jede Remilitarisierung“.

Die Streiks, die zur Zeit mit fast minutiö-sen Pünktlichkeit in der Bundesrepublik inszeniert werden, erbrachten übrigens der lehrreichen Beweis, wie sehr die Führung der Gewerkschaften die Masse ihres Gefolges in der Hand hat. In Frankreich erlebte man so-eben das Gegenbeispiel. Der dort als Protest gegen Maßnahmen der Regierung Pinay aus-gesungene Generalstreik wurde — abgesehen von einigen unbedeutenden Aktionen — ein restloser Fehlschlag, da nur etwa zwei Pro-zent der Arbeiterschaft den Ausstand ver-suchten.

Während die Streiks in der Bundesrepublik und in Frankreich politisch begründet sind, hat die Arbeitsniederlegung in der amerika-nischen Stahlindustrie lediglich Lohnfor-derungen als Ursache. Obwohl durch sie fast die gesamte amerikanische Industrie in Mit-leidenschaft gezogen wurde, scheint Präsident Truman nicht geneigt zu sein, vom sogenann-ten Taft-Hartley-Gesetz Gebrauch zu machen

# Bundestag erörtert DGB-Aktion

### Vorbereitende Besprechungen in Bonn - Stellungnahme des Beamtenbundes

Bonn (E.B.). Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am Freitag den Konflikt mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund noch nicht ausführlich erörtert. Aus einer Verlautbarung, die besagt, daß die eine Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit Fette vorbereitenden Besprechungen von DGB-Führern mit den Staatssekretären Lenz und Westrick noch nicht abgeschlossen seien, kann geschlossen werden, daß solche Verhandlungen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Von ihrem Verlauf wird es abhängen, ob das Gespräch Adenauer-Fette tatsächlich am nächsten Mittwoch stattfinden kann.

Die umstrittenen „Kampfmaßnahmen“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen das Betriebsverfassungsgesetz werden in Kürze Gegenstand einer Aussprache im Bundestag sein. Die SPD hat dem Parlament eine große Anfrage zugeleitet, in der die Bundesregierung gefragt wird, ob sie durch ihre „unsachlichen und grundlosen Bezeichnungen“ gegen die Einheitsgewerkschaft der deutschen Arbeitnehmer den Kampf des DGB gegen das Sowjetsystem erschweren wolle. Die Anfrage der SPD wird auf einer der nächsten Sitzungen des Bundestages von einem Regierungsvertreter beantwortet.

Die SPD führt in ihrer großen Anfrage an, daß der Bundeskanzler in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Christian Fette erklärt habe, „die Ankündigung der gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen fällt seitlich zusammen mit der aus der Sowjetzone kommenden Drohung, das Zustandekommen des Deutschlandvertrages unter anderem durch Ausübung eines Generalstreiks in der Bundesrepublik zu verhindern. Weite Kreise des deutschen Volkes werden das zeitliche Zusammentreffen nicht für einen bloßen Zufall halten“.

Der Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes appellierte an den Bundestag

und die Regierung, sich bei der Regelung der Personalvertretung im öffentlichen Dienst nur von rechtlichen Gesichtspunkten und den Grundsätzen der Verfassung leiten zu lassen, und nicht „dem Druck außerparlamentarischer Machtgruppen“ nachzugeben. Im deutschen Volk dürfe keinesfalls der Eindruck entstehen, daß es den Managern großer kollektiver Massenorganisationen erlaubt wäre, das Recht zu beugen und die Verfassungsordnung zu stören, dadurch könnte das in der deutschen Bevölkerung wiederaufkeimende Rechtsbewußtsein nicht wieder gutzumachenden Schaden erleiden.

Der Deutsche Beamtenbund fordert erneut eine besondere gesetzliche Regelung des Personalvertretungswesens für den öffentlichen Dienst, echte Beamtenvertretungen, Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten und verantwortliche Mitwirkung in personellen Fragen. Diese müsse aber durch die Beamten selbst und nicht durch verwaltungs- und betriebsfremde Funktionäre einer Organisationszentrale ausgeübt werden.

Das Plenum des bayerischen Landtages behandelte eine Interpellation der FDP und BP, die sich gegen die letzten Aktionen des DGB richtete und Sicherungsmaßnahmen der Regierung verlangte. Staatssekretär Krehse vom bayerischen Arbeitsministerium erklärte, die Staatsregierung habe keine gesetzlichen Möglichkeiten, gegen die gewerkschaftlichen Maßnahmen vorzugehen.

Einen scharfen Vorstoß gegen die Einheitsgewerkschaft richtete der CSU-Abgeordnete Paul Strenkert. Die christlichen, nicht-sozialistischen Gewerkschaftsmitglieder überlegen es sich, ob sie den Kurs des DGB noch länger mitmachen könnten. Man werde den Eindruck nicht los, daß zwischen Gewerkschaft und SPD nicht nur gewinnmäßige, sondern auch taktische Verbindungen bestünden. Mindestens die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder seien keine Sozialisten.

# Ulbricht vertritt zur Zeit Grotewohl

### Keine Bereitschaft mehr zu gesamtdeutschen Wahlen - Beruhigung in Berlin

Berlin (UP). Mit Beginn der systematischen Umgestaltung der Ostzone zur „Volksdemokratie“ östlicher Prägung und dem verstärkten Druck gegen Westberlin hat der SED-Generalsekretär Walter Ulbricht in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident von Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) vorübergehend die Regierungsgeschäfte übernommen.

Westalliierte und deutsche politische Beobachter in Berlin registrierten ohne Kommentar, daß seit acht Tagen nicht mehr Grotewohl, der die Einheitskampagne zur Verlichung bestimmten Beschlüssen und Verordnungen des Ministerrates unterzeichnet. Grotewohl, der die Einheitskampagne zur Verhinderung der Bonner „Deutschlandkonvention“ betrieben hatte, ist seit der Einführung der östlichen Abschlußmaßnahmen — zumindest für den westlichen Beobachter — in der Versenkung verschwunden. Ulbricht gilt als enger Vertrauter des am Samstag zum stellvertretenden sowjetischen Außenminister ernannten Puschkin, der bisher als Botschafter in Ostberlin die Kominform-Linie vertrat und die „Volksdemokratisierung“ der Ostzone befürwortete, während Grotewohl den Gedanken der Neutralisierung Deutschlands propagierte.

Seit Ulbricht als erster Repräsentant der Pankower Regierung auftritt, hat sowohl der Ton der Agitation als auch die Tagespolitik vom Osten aus an Schärfe zugenommen. Vor Eisenbahnern in Ostberlin erklärte Ulbricht, daß Pankow nicht mehr an „Gesamtdeutsche Beratungen“ mit der jetzigen Bundesregierung denke.

Ulbrichts Angriffe gegen die evangelische Kirche, die er auf dem FDJ-Treffen in Leipzig in massiver Form vorbrachte, hatten eine Besprechung von Berliner Kirchenvertretern mit der brandenburgischen Landesregierung unter Vorsitz von Ministerpräsident Jahn (SED) in Potsdam über „Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Staat und Kirche“ zur Folge. Jahn versicherte dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Dibelius, niemand in der Ostzone würde zum Dienst in der Volkspolizei gezwungen werden. Wo Zwang ausgeübt werde, wolle er persönlich einschreiten.

Die sowjetische Kontrollkommission hat nun auch die britischen Behörden aufgefordert, ihre „Telefonrechnung“ für Gespräche zwischen Berlin und Westdeutschland seit dem 1. August 1945 in Höhe von 15 497 000 DM zu begleichen. Am Vortage war den amerikanischen Dienststellen eine Rechnung von 14 Millionen Dollar präsentiert worden. Die britischen Behörden stehen indessen auf dem Standpunkt, es sei nicht üblich, daß Besatzungstruppen untereinander die Bezahlung von Dienstleistungen auf der Basis von Deutscher Mark verlangten.

Zum ersten Male seit sechs Tagen gaben die sowjetischen Posten wieder den Verbindungsweg von der Westberliner Exklave Steinbrücken zum US-Sektor frei. Ein amerikanischer Sprecher meinte, die Situation in Steinbrücken sei wieder „normal“.

Reibungsloser Warenverkehr. Der Bundesbeauftragte für Berlin, Dr. Heinrich Vockel, versicherte vor der Presse in Bonn, daß sich der Warenverkehr zwischen Berlin und Westdeutschland völlig reibungslos und rasch abwickle. Irgendwelche Beschwerden über Behinderungen durch die Ostzonenbehörden an den Grenzübergangsstellen seien nicht vorzutragen. Auch die Störungen wegen der Grenzwirtschaften würden sich wieder einrenken.

Bonn will Berlin helfen. Die Bundesregierung hat dem Berliner Senat ihre volle Unterstützung für Westberlin zugesagt. Bonn will zunächst der westdeut-

lichen Wirtschaft darlegen, daß jedes Mißtrauen wegen der Berliner Situation unbegründet sei. Außerdem wolle die Bundesregierung Maßnahmen einleiten, damit auch tatsächlich die für Berlin vorgesehenen Aufträge der Stadt zukommen. Bundeskanzler Adenauer wolle am Dienstag vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zur Frage der wirtschaftlichen Förderung Berlins abgeben. Die eigentlichen Entscheidungen werden vermutlich erst nach dem Berliner Besuch von Bundesfinanzminister Schäffer gefällt werden, der am Dienstag erwartet wird.

# Jordanien sorgt sich um König Talal

### Bedenklicher Gesundheitszustand - Verschmelzungspäne Jordanien-Irak

Beirut (E.B.). Ganz Jordanien spricht zur Zeit von seinem König Talal, der zur Zeit in Paris weilt, um ein schweres Nervenleiden auszukurieren. Die Unruhe hat sich zum Teil verstärkt, als der jordanische Rundfunk offiziell mitteilte, daß König Talal in Paris bereits seine Koffer packte, um wieder in sein Land zurückzukehren. Diese Absicht des Königs wurde aber nach den letzten Berichten auf unbestimmte Zeit ohne Begründung verschoben. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Talal seine Reise wenigstens solange zurückgestellt hat, bis er seinen Schwager, der auf dem Weg nach Paris ist, empfangen konnte.

Talals Schwager hat den Auftrag, den König von dem Beschluß des Parlaments zu unterrichten, daß für die Zeit seiner Abwesenheit ein Regentschaftsrat anstelle des Königs regiert. Offenbar trägt man sich in Amman mit der Absicht, den Regentschaftsrat solange im Amt zu lassen, bis Talal 17 Jahre alter Sohn volljährig geworden ist. Der König weigerte sich bisher, den Vorschlag, die in dieser Richtung gehen, Gehör zu schenken.

In der Tat scheint der Gesundheitszustand Talals besorgniserregend zu sein. Wie sein Vetter, Prinz Abdull Illah, der Regent des Irak, berichtet, lehnt Talal trotz seines schweren Nervenleidens jede ärztliche Behandlung ab. Abdull Illah meinte, Talal sei nicht nur unfähig, im gegenwärtigen Augenblick seinen königlichen Verpflichtungen nachzukommen, sondern werde es aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft nie wieder sein.

Die Krise in Jordanien läßt auch wieder die Frage der Vereinigung Jordaniens und des Iraks akut werden. Schon der ermordete König Abdullah, der Vater des kranken Talal, hatte vor seinem Tode im Juli 1951 erfolgreiche Besprechungen mit dem Irak angeknüpft, die allerdings seither nicht weitergekommen sind. Der Irak, und besonders die Araber in Jordanien, treten sehr für die Vereinigung ein, da sie darin die einzige Sicherung gegen Israel erblicken. Irak ist zweifellos in der Lage, die Mittel für eine genügend starke Armee bereitzustellen, die Israel in Schach halten könnte.

Während die Haltung Englands zu einem solchen Vorhaben als zweifelhaft oder zurückhaltend, und die des Libanon als völlig gleichgültig bezeichnet wird, soll Syrien ernste Bestrebungen hegen. Syriens „starker Mann“ und Generalstabschef, Abeh Schesheki, hatte eine Unterredung mit dem jordanischen Wirtschaftsminister Sullman Pascha Succa. Er soll dem Jordanier erklärt haben, Syrien habe nicht den Wunsch, sich in die Angelegenheiten Jordaniens einzumischen, jedoch stehe sein Land einer Vereinigung widerstrebend gegenüber, besonders, da Jordanien im alten osmanischen Reich geographisch als Teil Syriens angesehen worden sei. Auch von Israel wird eine scharfe Opposition erwartet, die eventuell zur Kündigung des Waffenstillstandsabkommens mit Jordanien führen könne.

# Weitere Umbesetzungen in Rumänien

### Ana Pauker Opfer einer antisemitischen Welle?

Bukarest (UP). Im rumänischen Kabinett sind weitere Umbesetzungen vorgenommen worden. Der bisherige Landwirtschaftsminister Valde Valda hat seinen Posten aufgegeben, um „neue wichtige Funktionen zu übernehmen“. Sein Nachfolger wurde Constantin Prisbea, der bisherige Minister der Papier-, Zellulose- und Holzindustrie.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß Ana Pauker, die vor einigen Tagen aus dem Politbüro und dem Sekretariat der Kommunistischen Partei Rumäniens ausgeschlossen wurde, unter Umständen das Opfer einer neuen antisemitischen Welle in Rumänien geworden ist. In Wien trafen Berichte ein, die besagen, daß die Auswanderung rumänischer Juden nach Israel, die bisher durchschnittlich etwa 1000 pro Monat betrug, seit Ende März dieses Jahres plötzlich und ohne Angabe von Gründen von seiten der rumänischen Regierung unterbunden wurde. Im Jahre 1948 wohnten in Rumänien mehr als 130 000 Juden, das bedeutet, daß Rumänien nach der Sowjetunion, den USA und Israel die größte jüdische Gemeinde der Welt war.

Ana Pauker selbst ist die letzte Person jüdischer Abstammung, die in Rumänien noch in einer führenden Partei- oder Regierungsstelle ist. Sollte sie von der kommunistischen Partei fallen gelassen werden, womit Beobachter der letzten Vorgänge in Rumänien rechnen, so bliebe Ungarn als einziges kommunistisches Land übrig, das noch einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz von Juden unter seinen politischen Führern hat.

In der Tschechoslowakei fielen der Säuberung vornehmlich Juden zum Opfer, so der KP-Generalsekretär Slansky, seine Stellvertreter Frank, Gminder und Bares und andere. Nach den Worten des Ministerpräsidenten Zpotocky waren diese Leute nicht nur „Kosmopoliten“, sondern auch „Spione für Israel“. In Polen befindet sich Jakob Berman, ein Stellvertreter des kommunistischen Parteisekretärs Boleslaw Bierut, als einziger Jude noch in führender Position. Weder in Bulgarien noch in Albanien hat ein Jude in Regierung oder Partei irgendeine einflussreiche Stellung inne. Anders in Ungarn. Dort sollen dagegen die einfachen jüdischen Arbeiter und kleineren Geschäftsleute besonders zu leiden haben. Nach Ansicht von Beobachtern haben sich dort der jüdische Generalsekretär der kommunistischen Partei und stellvertretende Ministerpräsident Rakosi und seine jüdischen Kollegen nur dadurch halten können, daß sie rücksichtslos alle anderen Kommunisten gegen ihre Glaubensgenossen vorgegangen sind.

# Deutschland ist Europas Schicksal

### Republikaner für schnelle Ratifizierung - Verzügler in Paris bis Herbst?

Washington (UP). Senator Alexander Wiley, einer der führenden Republikaner sprach sich für eine schnelle Ratifizierung der Deutschland-Konvention und des Zusatzprotokolls über die Verbindung von NATO und Europäischer Verteidigungsgemeinschaft aus. Der amerikanische Senat müsse beweisen, daß er erkannt habe, daß der Kampf um Europa allein in Deutschland gewonnen oder verloren wird. Seine Kollegen forderte Wiley auf, im Wahljahr „doch um Gottes willen den Kopf nicht zu verlieren“. Er betonte, daß die gesamte Basis der westlichen Allianz gefährdet werden könne, falls es den deutschen Sozialdemokraten im nächsten Jahr gelänge die kleine Regierungsmehrheit Dr. Adenauers zunichte zu machen. „Es wäre tragisch, wenn irgendetwas gesagt oder getan würde, was schließlich zum Sturz einer unbefriedeten Regierung führen würde.“

Wiley sagte weiter: „Wir kennen die starke Vitalität und die Energie dieses großen Industrievolkes, ganz zu schweigen von den unübertroffenen Beiträgen, die diese Menschen für die Kultur der Welt geleistet haben. Wir wissen, daß die Welt große Vorteile zu erwarten hat, wenn die großen Talente und Fähigkeiten dieses Volkes auf eine konstruktive Basis gestellt werden.“ Es sei nicht verwunderlich, wenn aus diesem Grunde die Republikanische Partei gemeinsam mit der Demokraten in einer überparteilichen Entscheidung die Deutschland-Konvention ratifizieren wird.

In Paris scheint man dagegen keineswegs auf eine baldige Ratifizierung der Verträge Wert zu legen. Wie aus Kreisen der Nationalversammlung verlautet, ist die Ratifizierung nicht vor Oktober zu erwarten.

# Der achte Jahrestag der Invasion

Arromanches (UP). Der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte, General Ridgway, besuchte mit seinem Stab an der Küste der Normandie die Stätten, wo vor acht Jahren — am 6. Juni 1944 — alliierte Soldaten die Invasion des europäischen Festlandes begannen. Als Kommandeur der 82. amerikanischen Luftlanddivision hatte Ridgway seinerzeit entscheidenden Anteil an der Eroberung Cherbourgs. Am Strande vor der kleinen Stadt Arromanches landete bei der Gedenkfeier ein großes Landungsboot der britischen Flotte, dem der erste Lord der Admiralität, J. P. Thomas, und andere hohe britische Offiziere entzogen. Nach einer kurzen Zeremonie legte Admiral Thomas den Grundstein für ein Kriegsmuseum. In einer kurzen Ansprache auf dem Soldatenfriedhof in der Nähe von St. Mere-Eglise erklärte Ridgway, daß der Westen fest entschlossen sei, sich zu verteidigen, gleichgültig, wie hoch der Preis des Friedens sein würde. Die französische Bevölkerung bezeugte den alliierten Offizieren nur geringe Anteilnahme.

# Wirtschaft in Kürze

Die Einfuhr- und Vorratstelle des Bundesernährungsministeriums hat Anfang Mai ihre gesamten restlichen Butterbestände verkauft. Sie hat damit freie Hand für die in diesem Monat beginnenden Neuinlagerungen in Höhe bis zu 10 000 Tonnen.

durch das er die Gewerkschaften zwingen könnte, den Streik bis zu sechzig Tagen zurückzustellen, um mittlerweile in Verhandlungen eine Lösung des Konflikts zu versuchen. Die bereits in Gang gekommene Aussprache zwischen der Gewerkschaftsleitung und den Stahlfirmen wickelt sich also vor dem Hintergrund der Tatsache ab, daß der amerikanischen Wirtschaft durch den Streik wöchentlich nahezu zwei Millionen Tonnen Stahl verlorengehen.

General Eisenhower hat sich in seinen Reden nach der Quittierung des Militärdienstes nur sehr vorsichtig zu diesem heiklen Thema geäußert, wie er es überhaupt vermied, seine ingenieur- und wirtschaftspolitischen Auffassungen konkret zu formulieren. Um so energischer wandte er sich jedoch gegen die Fernost-Politik Trumans, dem er vorwarf, die kommunistische Invasion in Südkorea nicht verhindert und den „tragischen Verlust“ Chinas an den Kommunismus verschuldet zu haben. Eisenhower trat im übrigen, ebenso wie Taft, für einen baldigen Friedensschluß in Korea ein, um die Hände für Europa frei zu bekommen.

In der Beurteilung der politischen und militärischen Sicherungsmaßnahmen für unseren Kontinent sind allerdings deutliche Unterschiede in den Meinungen der beiden Rivalen festzustellen. Während Eisenhower jede nur mögliche Verstärkung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft befürwortet, da er andernfalls auch die Sicherheit der USA bedroht sieht, erklärt Taft, daß die Bedeutung Europas zu stark betont werde und auch im Falle seines Verlustes die USA jeder Aggression mit Aussicht auf Erfolg Widerstand leisten könnten. Deshalb sieht er das beste Abwehrmittel im Ausbau einer den Ozean beherrschenden Luftwaffe.

Nicht ganz auf diese Linie paßt allerdings ein wahltaktischer Schachzug Tafts, der — um die Stimmen der deutschstämmigen Amerikaner zu gewinnen — behauptete, er sei Deutschland gegenüber viel freundlicher gesonnen als Truman. Er habe die Forderung der bedingungslosen Kapitulation, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Geleitsabtretungen an Polen abgelehnt und er hätte Westdeutschland schon viel früher befreit, wenn er Präsident der USA gewesen wäre. Solche Bekundungen klingen recht merkwürdig im Munde eines Mannes, der früher einer der markantesten Verfechter des Isolationismus und bisher stets im Lager jener Politiker zu finden war, die eine Beschränkung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen für Europa verlangten.

# UN können nicht unbeteiligt zusehen

### Auch Trygve Lie warnt Syngman Rhee — Luftschlacht über Nordkorea

Pusan (UP). Der südkoreanische Staatspräsident Syngman Rhee wurde von Trygve Lie davon in Kenntnis gesetzt, daß die UN seinen „eigenmächtigen Methoden, die die Wurzeln der demokratischen Regierung zu zerstören“ drohten, nicht unbeteiligt zusehen könnten.

Der amerikanische Botschafter John Muccio hatte in Pusan kurz nach seiner Rückkehr aus den USA eine längere Unterredung unter vier Augen mit Staatspräsident Syngman Rhee. Muccio lehnte jede Auskunft über den Inhalt der Besprechung ab. Wie verlautet soll Muccio Instruktionen von Präsident Truman mitgebracht haben.

Die südkoreanische Nationalversammlung verlangte unterdessen von dem Staatspräsidenten Aufklärung, warum er den Ausnahmezustand trotz deutlicher Hinweise von seiten der Westmächte noch immer nicht aufgehoben habe. Bei der Sitzung waren 96 Abgeordnete zugegen, so daß das Parlament wieder beschlußfähig war. Es verabschiedete noch eine Resolution, in der Rhee aufgefordert wird, die elf verhafteten Abgeordneten freizulassen.

Zwischen 64 US-Jägern und 28 kommunistischen Maschinen kam es über Nordwestkorea zu einer Luftschlacht. Amerikanische Düsenjäger vom Typ F-86 „Sabrejet“ schossen insgesamt sieben Jagdmaschinen der Kommunisten vom Typ MIG-15 ab und beschädigten zwei weitere. Diese Abschußzahlen sind die größten seit längerer Zeit. Die 5. US-Luftflotte hat damit während des koreanischen Krieges 361 MIG-15 zerstört; 58 weitere wurden wahrscheinlich zerstört und 570 beschädigt.

# Dänische Nazi-Partei neugegründet

Kopenhagen (UP). In Dänemark ist die alte dänische Nazi-Partei neu gegründet worden. Sie firmiert wie früher unter der Bezeichnung „DNSAP“ und gibt ebenso wie früher einen Pressedienst unter dem Namen „Fædrelandet“ (Vaterland) heraus. Weitere Errungenschaften der neugegründeten Partei sind die neugegründeten Sturmtruppen, die sich in schwarze Stiefelhosen und braune Hemden kleiden. Die Polizei gab bekannt, daß sie die gesamte Entwicklung aufmerksam verfolgt habe. Sie könne jedoch nichts gegen die Sturmtruppen tun, da das Gesetz, nachdem das Tragen von privaten Uniformen verboten ist, nicht mehr in Kraft sei.

# Paris billigte Londoner Konvention

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung billigte mit der überwältigenden Mehrheit von 518 zu 99 Stimmen die Londoner Konvention vom 19. Juni 1951, die den Status der auf dem Gebiet eines anderen Mitgliedstaates stationierten Nordatlantikkraftstruppen festlegt. Die Vorlage bedarf noch der Zustimmung des Rates der Republik.

# Otto von Habsburg will zurückkehren

London (UP). Der österreichische Thronprätendent Otto von Habsburg erklärte in einem von „News Chronicle“ veröffentlichten Interview, er hoffe, eines Tages den Thron bestiegen zu können. Er wolle aber auch gern als einfacher Bürger nach Österreich zurückkehren. Gegenwärtig verbietet ihm ein österreichisches Gesetz, den Boden Österreichs zu betreten.

### Umschau in Karlsruhe

#### Blinder Alarm im BVG

##### Irrtümlich ausgelöste Alarmglocke

Karlsruhe (UP). Einiges Aufsehen erregte das Erscheinen des Karlsruher Überfallkommandos vor dem Bundesverfassungsgericht in der Karlstraße. Beamte mit Polizeihunden sprangen vom Wagen und verschwanden im Gebäude, vor dem sich sofort eine ansehnliche Menschenmenge versammelte, die eine Sensation witterte, ähnlich dem Sprengstoffattentat, das im Januar dieses Jahres auf das Bundesverfassungsgericht verübt worden ist. In Anbetracht des bevorstehenden Termins der Wehrbeitragsklage am kommenden Dienstag vermuteten viele eine politische Aktion. Was war geschehen? Der Oberbottenmeister hatte versehentlich die Drähte der Sicherungsanlage zusammengebracht und den „blinden Alarm“ ausgelöst.

#### Bahn zeigt Schülern deutsche Städte

Karlsruhe (law). Die Eisenbahndirektion Karlsruhe will auch in diesem Sommer in Sonderfahrten etwa 15 000 Schülerinnen und Schülern aus dem Eisenbahnbezirk Karlsruhe Städte und Landschaften in Süddeutschland zeigen. Die Schüler aus Südwürttemberg und Südbaden sollen mit der Bahn nach Karlsruhe gebracht und von dort aus mit dem Schiff nach Speyer gefahren werden. Das Sonderprogramm der Eisenbahndirektion wird vom Kultministerium unterstützt.

#### Bürgersteig ist kein Parkplatz

Karlsruhe (UP). Der Bundesgerichtshof hat entschieden, daß das Parken von Fahrzeugen auf dem Bürgersteig nicht erlaubt ist. Die Oberlandesgerichte Nürnberg und Celle waren in dieser Frage zu keiner übereinstimmenden Beurteilung gekommen. Ausnahmen sollen nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes nur dann gelten, wenn „das Parken auf der Fahrbahn oder auf einem Parkplatz dem Fahrzeugführer nicht zugemutet werden kann“.

#### Diebe erbeuteten 13 000 Dollar

Karlsruhe (law). Unbekannte Diebe haben in einem amerikanischen Warenhaus in Knielingen etwa 11 800 Scriptdollars und Benzin- und Ölcoupons im Wert von 1700 Dollar entwendet. Wie die amerikanische Militärpolizei mitteilte, handelt es sich um den bisher größten Diebstahl innerhalb einer militärischen Einrichtung in Karlsruhe. Die Diebe haben das Geld und die Coupons mit einem etwa 300 kg schweren Safe gestohlen. Die Täter sind vermutlich in die Pfalz geflohen.

#### Staubach-Mörder kommt in eine Heilanstalt

Karlsruhe (law). Die Große Strafkammer in Karlsruhe ordnete die Unterbringung des 31-jährigen ledigen Hilfsarbeiters Fritz F. aus Karlsruhe in eine Heilanstalt an. Nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen ist F. hochgradig schwachsinnig und strafrechtlich nicht verantwortlich zu machen. Damit ist ein Fall abgeschlossen worden, der mehr als zwei Jahre lang die Öffentlichkeit beunruhigte. Am 18. August 1949 war bei der Technischen Hochschule Karlsruhe im Werkzeugkasten einer Lokomotive, die zum Eisenbahnmuseum gehörte, das Skelett des zehnjährigen Schülers Günther Staubach gefunden worden, der nach den Ermittlungen eines gewaltsamen Todes gestorben war. Nach seiner Festnahme im März dieses Jahres legte F. ein Geständnis ab. Danach hatte er sich am 14. Juni 1949 wiederholt an dem Jungen erdrückt oder erwürgt und die Leiche aus Furcht vor Verfolgung in dem Werkzeugkasten versteckt. Die Nachprüfungen ergaben die Glaubwürdigkeit des Geständnisses.

#### Eine Buchfink „in“ opferte ihre Freiheit

Karlsruhe (swk). Je heller die Sonne schien, um so jubelnder wurde das Liedchen, welches das Buchfinkmännchen in seinem Käfig auf dem Balkon eines Hauses sang, das ganz dicht am Stadtgarten liegt. Der Gesang entzückte aber nicht nur die Besitzer sondern auch eine Buchfink „in“, die sich zunächst auf der Brustung niederließ, wie „junge Damen“ nun einmal sind wieder davonflog, um, von Tag zu Tag zu trauriger werdend, immer wiederkehrend schließlich saß sie auf den Stäben des Käfigs und krallte sich so fest an, als wollte sie die schmalen Drähte auseinanderreißen, um zu

## Keine Ablehnung des Lastenausgleichs

Nur Nachprüfung der Bestimmungen

Stuttgart (UP). Zum Entscheid des Bundesrats, das Lastenausgleichsgesetz dem Vermittlungsausschuß zu überweisen, erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, der Abstimmungsvorgang im Bundesrat habe eindeutig bewiesen, daß Baden-Württemberg keinesfalls „das Zünglein an der Waage“ sei. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein hätten sämtliche Bundesländer, an der Spitze die CDU-bestimmten Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern, aus den gleichen sachlichen Gründen den Standpunkt Baden-Württemberg geteilt. Der Anruf des Vermittlungsausschusses bedeute keine Ablehnung des Lastenausgleichsgesetzes, sondern den Wunsch, daß gewisse Bestimmungen des Gesetzes nachgeprüft werden. Es bestehe nicht die Absicht, nach der voraussichtlich raschen Klärung dieser Fragen durch den Ausschuß, das Gesetz als solches in Gefahr zu bringen.

#### Die Parteien tagen in Stuttgart

##### Zusammenschluß der SPD-Bezirke

Stuttgart (law). Die DVP Württemberg-Badens hat für Sonntag einen Landesvertretertag einberufen, auf dem aktuelle politische Fragen erörtert werden sollen. Bundesjustizminister Dr. Dehler hat seine Teilnahme an

diesem Landesvertretertag zugesagt. Die Zusagen des ersten Vorsitzenden der Bundesorganisation der FDP, Vizekanzler Dr. Franz Blücher, und Dr. Hermann Schäfers, die gleichfalls eingeladen wurden, stehen noch aus.

Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) tritt in Stuttgart zu einem Landesvertretertag zusammen. Außerdem findet in Stuttgart eine Sitzung der Landesleitung der Kommunistischen Partei Baden-Württemberg statt.

Die Bezirke Württemberg-Baden, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern der SPD schließen sich am Sonntag in Stuttgart-Feuerbach zu einem Bezirk im neuen südwestdeutschen Bundesland Baden-Württemberg zusammen.

#### Bischof Dr. Leiprecht gegen einen Schulkampf

Schwäbisch Gmünd (law). Auf der Tagung des Bundes katholischer Erzieher sagte der Bischof von Rothenburg, Dr. Leiprecht, das bischöfliche Ordinariat wünsche keinen Kampf wegen der Schulform. Es erwarte aber, daß die Wünsche der katholischen Eltern und der katholischen Lehrerschaft beachtet werden. Die wichtigsten Faktoren der Jugendzerrichtung seien nach wie vor das Elternhaus und die Lehrerpersönlichkeit.

dem geliebten Sänger zu gelangen. Also machte man ihr das Türchen auf und es dauerte nur ganz kurze Zeit, bis das Pärchen sich gefunden hatte. Die Freiheit ist zwar verloren, aber das scheint das Weibchen nicht zu stören. Eifrig bauen beide an einem Nest. Beinahe wie in einer Ehe? Nein, genau so!

#### Major Flowers übernimmt US-Amt

Karlsruhe Major Harry C. Flowers ist aus Ft. Benning in Karlsruhe angekommen, um die Geschäfte des Offiziers für zivile Angelegenheiten zu übernehmen. Er übernimmt damit das Amt, das erst kürzlich von dem ehem. Resident Officer Festress Gardner an Capt. Charles W. Zuppang übergegangen war und von ihm neben seiner Tätigkeit als Operationsoffizier geleitet worden war.

Mr. Festress Gardner, der als Resident Officer seit Okt. 1949 in Karlsruhe tätig war, verläßt, wie schon gemeldet, Karlsruhe, um in Freiburg als Kulturreferent im dortigen US Information Center tätig zu sein.

Major Flowers diente als Adjutant im 1. Bn des 2. Regiments in Fort Benning, Ga., von Oktober 1951 bis April 1952. Während des zweiten Weltkrieges war er Offizier für zivile Angelegenheiten auf den Philippinen von Januar bis November 1945. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Ihm zur Seite steht als Unteroffizier für zivile Angelegenheiten Pfc. Leo A. Sunshine.

### Aus der badischen Heimat

#### Mehr Lose für die Theater-Tombola

Mannheim (UP). Die Zahl der Lose für die Mannheimer Theater-Tombola, mit der ein Grundstück für den Neubau des zerstörten Mannheimer National-Theaters geschaffen werden soll, wurde jetzt um weitere 400 000 auf 1 300 000 erhöht. Die Nachfrage nach den Losem war bisher sehr gut. Die Mannheimer Geschäftswelt hat ansehnliche Gewinne zur Verfügung gestellt.

Mannheim. Im Stadtgebiet von Mannheim einschließlich der Autobahn ereigneten sich im Mai insgesamt 364 Verkehrsunfälle, bei denen es zwei Tote und 249 Verletzte gab.

#### 35 000 bei der „Pforzheimer Woche“

Pforzheim (law). Die auf dem Pforzheimer Stadtgartengelände eröffnete Ausstellung „Pforzheimer Woche“ wurde in der ersten beiden Tagen von 35 000 Menschen besucht. Die Aussteller, darunter vor allem die Großindustrien Pforzheims und viele Zulieferanten, sind mit den Umsätzen sehr zufrieden.

Bühl. Die Angehörigen der ehemaligen Badischen schweren Artillerie (FuBart.Regt. 14) treffen sich am 15. Juni um 10 Uhr am Immensteinfelsen (Ehrenmal) bei Neusatzek (Oberbühlertal) und nachmittags im „Deutschen Kaiser“ in Bühl.

#### Fremdenlegionär als Serien-Einbrecher

Offenburg (law). Die Kriminalpolizei in Offenburg hat einen 24-jährigen Arbeiter aus Hamburg festgenommen, der in der Stadt hintereinander mehrere Einbrüche verübte. Er war in der gleichen Nacht festgenommen worden, als er versuchte, die Eingangstür eines Offenburger Lichtspieltheaters gewaltsam zu öffnen, um die Kinokasse zu rauben. Der Verhaftete ist mehrfach vorbestraft. Er stellte sich heraus, daß er in der Fremdenlegion fünf Jahre lang unter falschem Namen diente.

#### Minister Kirchgässer wickelt ab

Freiburg (law). Der bisherige badische Landwirtschaftsminister Alfons Kirchgässer ist zum Leiter der Abwicklungsstelle des badischen Landwirtschaftsministeriums ernannt worden. Er übernimmt sein Amt am kommenden Montag. Sein Stellvertreter ist der Leiter der Staatsdomänenverwaltung in Freiburg, Regierungsdirektor Dr. Fetzer. Der bisherige Leiter der Abwicklungsstelle, Oberlandesforstmeister Professor Dr. Bauer, ist in den Dienst des Kultministeriums getreten.

#### Volkschulen reisen nach Frankreich

Freiburg (swk). Auch im kommenden Sommer werden südbadische Volksschulklassen mit ihren Lehrern für 14 Tage Frankreich besuchen. Die Reisen erfolgen im Rah-

men eines deutsch-französischen Austauschprogramms. Bereits 1951 verlebten mehrere hundert Volksschüler aus Baden ihre Ferienwochen in dem Nachbarland. Zur Finanzierung hat die Abwicklungsstelle des badischen Kultministeriums einen besonderen Stock errichtet. Außerdem werden für die französischen Gäste, die nach Deutschland kommen, die Räume der Lehrerbildungsakademie zur Verfügung gestellt.

#### Evangelisches Stützwerk aufgebaut

Freiburg (law). Der badische Landesbischof D. Bender hat ein Mädchenheim und ein Altersheim des Evangelischen Stützwerks in Freiburg eingeweiht. Die Gebäude und Einrichtungen des Stützwerks waren gegen Kriegsende völlig zerstört worden. Ein Seminar für Kindergärtnerinnen und ein Lehrlingsheim wurden vor kurzem wieder in Betrieb genommen. Gegenwärtig wird ein Heim für berufstätige Mädchen gebaut. Der Wiederaufbau eines zweiten Altersheims wurde vor acht Tagen begonnen.

#### Bäckermeister suchen Lehrlinge

Freiburg (swk). Die Bäckereiinnung von Freiburg macht dem Arbeitsamt den Vorwurf, es halte junge Menschen davon ab, eine Stellung als Bäckerlehrling anzunehmen. Obwohl 40 Lehrstellen in Bäckereien offenstehen, haben noch immer zahlreiche schulentlassene keinen Arbeits- und Ausbildungsplatz gefunden.

#### 40 Eigenwohnungen für Geschädigte

Freiburg (law). Die vom Bund der Fliegergeschädigten und Vertriebenen gegründete Wohnungsbaugenossenschaft Baden eGmbH hat in Freiburg mit dem Bau von 40 Eigenwohnungen begonnen.

#### Eine japanische Aschoff-Gesellschaft

Freiburg (law). Japanische Pathologen haben sich vor einiger Zeit zu einer Ludwig-Aschoff-Gesellschaft zusammengeschlossen. Sie ehren mit dem Namen ihrer Gesellschaft das Andenken an den Freiburger Pathologen Ludwig Aschoff (1856-1942), der als bedeutendster Vertreter dieses Grundrisses der Medizin nach Rudolf Virchow gilt.

#### Zoologenkongress mit viel Anregungen

Freiburg (law). Der nach fünfjähriger Dauer bendete Freiburger Kongress der deutschen Zoologen brachte eine Fülle von Material und neuen Anregungen zur Erforschung der Tierwelt, der Vererbung und der Entwicklung der Lebewesen. Der Freiburger Zoologie Professor Dr. Otto Köhler konnte als Ergebnis langjähriger Forschungen nachweisen, daß allen höheren Tieren ein gewisses Maß von Denkvorgängen eigen ist. An Hand von Versuchen zeigte er, daß zum Beispiel das Unterscheiden einer Anzahl von Dingen von eins bis sechs, unter anderem ganz verschieden aussehende Punkte auf dem Deckel eines Freß-Schälchens, zu einem „unbenannten Denken“ in der höheren Tierwelt gehört. Der Erforscher der „Sprache“ der Bienen, Professor Dr. Karl von Frisch, München, wies auf Grund neuer Untersuchungen nach, daß die Bienen die Zeit bei ihrer Orientierung nach der Sonne ebenso einzukalkulieren vermögen, wie es etwa ein Krebs der Mittelmeerküste tut.

#### Ehrverlust für Friedhofshändler

Lörrach (law). Das Schöffengericht Lörrach hat am Donnerstag einen 23-jährigen und einen 25-jährigen wegen zahlreicher Einbrüche und Friedhofdiebstähle zu je einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre verurteilt. Ein 21-jähriger Angeklagter erhielt neun Monate Gefängnis. Das Einbrecherklebblatt hatte vor allem Buntmetalle gestohlen und unter anderem auf einem Friedhof Bronzeplatten von Grabdenkmälern entfernt.

#### Postkassenschrank mit Babybonds gefunden

Lörrach (law). Unter einer Kanalbrücke in Brombach wurde der Kassenschrank gefunden, der am 30. Mai von unbekannten Tätern aus dem Zweigpostamt Brombach gestohlen worden war. Die Polizei nimmt an, daß die Einbrecher durch Zeitungsmeldungen über den wertlosen Inhalt des über einen Zentner schweren Schanks Kenntnis erhalten und deshalb erst gar nicht versucht hatten, ihn aufzubrechen. In dem Schrank befanden sich neben Briefmarken nur einige unverkäufliche Babybonds.

#### Beichtvater des Papstes kommt nach Baden

Riedböhringen, Kreis Donaueschingen (CND). Der Beichtvater von Papst Pius XII., Pater Augustin Bea SJ, wird am 31. August in seinem Geburtsort Riedböhringen im Landkreis Donaueschingen sein 40-jähriges Priesterjubiläum festlich begehen. Pater Bea, der vor 50 Jahren in Holland in den Jesuitenorden eintrat, hat als Direktor des päpstlichen Bibelstudiums in Rom Priester aus allen Nationen zu Doktoren der Heiligen Schrift ausgebildet. Sein Name ist vor allem durch den Auftrag des jetzigen Papstes bekannt geworden, die Psalmen aus dem hebräischen Urtext ins Lateinische zu übersetzen, eine Arbeit, die Pater Bea mit sechs Professoren des päpstlichen Bibelstudiums während des zweiten Weltkriegs durchgeführt hat.

#### 62-jähriger Arzt festgenommen

Konstanz (swk). In der Bodenseeemetropole wurde ein 62-jähriger, nicht mehr praktizierender Arzt festgenommen, weil er im Verdacht steht, durch einen verbotenen Eingriff den Tod eines 23-jährigen Mädchens verursacht zu haben. Im Laufe der Ermittlungen konnten ihm noch elf weitere Fälle gewerbmäßiger Abtreibung nachgewiesen werden. Das verstorbene Mädchen hatte der Arzt in seiner Wohnung beherbergt und erst kurz vor ihrem Ende ins Krankenhaus gebracht. Seine Frau gibt zu, sich an den Abtreibungen beteiligt zu haben.

Konstanz „Sozialarbeit — Beruf oder Berufung?“ ist das Thema des vierten Lehrgangs für Sozialarbeiter, der gegenwärtig im Internationalen Institut Schloß Mainau am Bodensee stattfindet. (law)

## Vereine berichten

Die CDU, Ortsgruppe Eppingen, teilt mit daß die auf heute angesetzte Vorstandssitzung auf Dienstag, 10. Juni, 20.30 Uhr verschoben wird. Die Zusammenkunft findet im Neben-zimmer des Gasthauses zum „Lamm“ statt.

Pfadfinderhorst Eppingen. Am Samstag, 14. Juni, 20 Uhr, führt eine Gruppe der Karlsruher Pfadfinder im Evangelischen Gemeindehaus Eppingen das Schauspiel „Aus einem Blut“ von E. R. Hougham auf. Das Stück stellt einen wertvollen Beitrag zu einer echten Völkerverständigung dar. Eltern und Freunde der Pfadfinder sind zu diesem Abend herzlich eingeladen.

Harmonika-Spielring. Nach dem großen Konzerterfolg werden neue Stücke einstudiert. Jedem Harmonikaspieler ist nunmehr Gelegenheit gegeben, dem Verein beizutreten und dadurch sein Können zu erweitern. Probeabende finden jeden Freitag 20 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“ statt.

Der Eppingener Fußballverein hält seine Generalversammlung am Samstag, 14. Juni, 20 Uhr im Gasthaus zum „Engel“ ab.

Kleintierzuchtverein C 47 Eppingen. Am Sonntag, 8. Juni, findet vorm. um 9/10 Uhr im Nebenzimmer des Gasthauses zur „Sonne“ unsere nächste Mitgliederversammlung statt. Zur Sprache steht in der Hauptsache unser Vereinsausflug. Die Zuchtfreunde werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Wir wollen die Versammlung pünktlich beginnen, damit bald Schluß gemacht werden kann. Den Nachmittag wollen wir für unsere Familie frei sein.

Spinnerei. Die Fabrikfeuerwehr beteiligt sich ebenfalls am Sonntag beim Feuerwehrfest in Spielberg, anlässlich der Einweihung ihres neu erstellten Gerätehauses.

### Wir gratulieren

Mathäus Kalifa 8, Birkenweg 29, vollendete am 5. Juni sein 70. Lebensjahr.

Heute Samstag feiert Schwerkrriegsbeschädigter Albert Sprecher, Sternengasse 9, seinen 77. Geburtstag.

Bruchhausen. Am 8. Juni kann Karl Diebold, Weichenwälder I. R., seinen 74. Geburtstag begehen. Wir gratulieren.

Marktberichte

Obst- und Gemüseerzeuger- und Absatzgenossen-schaft Bruchsal Spargelpreise 4. Juni

Spargel I 147-154;	II 112-121;	III 84-97
IV 36-45.	Anfuhr 126 Ztr.	Nachfrage gut.
Kirchen I 32-38,	II 21-26.	Erdbeeren I 93-99



Samstag wechselnd bewölkt mit gewittrigen Schauern, Tagestemperaturen nicht mehr über 20 Grad, Sonntag weiterhin unbeständig und Abkühlung.

Barometerstand: Veränderlich.  
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +14°

Städt. Schwimmbad  
Wassertemperatur um 10 Uhr 19° Celsius

Rheinwasserstand am 6. 6.:	Konstanz 378 (+2)
Rheinfelden	(-) Breisach 201 (-17)
Stralburg 288 (+7)	Maxau 441 (-2)
Mannheim 297 (+6)	Caub 201 (+2)

ETTLINGER ZEITUNG  
Südd. Heimatzeitung für den Alb-gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Eppingen, Schöll-bronner Straße 5, Tel. 37 487



Neuer bayrischer Justizminister wurde als Nachfolger des aus dem bayrischen Kabinett ausgeschiedenen Dr. Joseph Müller der Augsburger Stadtrechtsrat Otto Weinkamm (unser Bild)

# Wirtschafts-Nachrichten

## Ehard bricht Lanze für Auerbach

### Befall für Bayerns Ministerpräsidenten

München (UP). Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard stellte sich als Zeuge im Auerbach-Prozess voll hinter sein Anerkennungs schreiben für Auerbachs Verdienste um die Lösung des DP-Problems in Bayern und bestritt aufs heftigste, daß der angeklagte ehemalige Leiter des Landesentschädigungsamtes jemals versucht habe, ihn (Ehard) unter Druck zu setzen. Das Publikum quittierte Ehard's Haltung mit lautem Beifall.

Während seiner Amtszeit habe Auerbach 18 000 Auswanderungsanträge erledigt, während nach seinem Ausscheiden nur 1200 Anträge hätten bearbeitet werden können, sagte Dr. Ehard. Die Angaben des Ministerpräsidenten über einen „wilden Handel“ mit Feststellungsbescheiden Wiedergutmachungsberechtigter brachten ebenso wenig belastendes Material gegen Auerbach, wie seine Erklärungen über die Transferierung von Mitteln des Sonderfonds Auerbachs in den durch die Währungsreform weniger gefährdeten Stiftungsfonds.

Mit Nachdruck stellte Dr. Ehard fest, er habe niemals versucht, auf das Verfahren gegen Auerbach einzuwirken, noch habe er sich über den Fortgang der Ermittlungen gegen Auerbach von Amtspersonen unterrichten lassen. Unter Hinweis auf seine bereits vor dem Auerbach-Untersuchungsausschuß des Landtags beendigte Aussage betonte Ehard, er habe niemals von Auerbach, noch von der sogenannten „Sammelstelle“ oder der jüdischen Aufbaubank in Frankfurt finanzielle Zuwendungen erhalten.

## Die Möglichkeiten des Hubschraubers

### Deutschland baute den ersten Hubschrauber mit Düsenpropellerantrieb

Washington (UP). Der deutsche Hubschrauber-Sachverständige Dr. G. J. Sisingh, der zur Zeit die aerodynamische Abteilung der Kellet Aircraft Corporation in Camden (New Jersey) leitet, erklärte, Hubschrauber würden in Zukunft auch für Schlechtwetter- und Nachflüge verwendbar sein. Dr. Sisingh, ehemals einer der führenden Konstrukteure des deutschen Hubschrauberbaus, meinte weiter, Deutschland sei Ende des zweiten Weltkrieges allen anderen Nationen im Bau von Hubschraubern weit voraus gewesen. In Deutschland sei auch der erste Hubschrauber mit Düsenpropellerantrieb gebaut worden. Dieses Fahrzeug wurde nach Kriegsende von den Amerikanern nach den USA mitgenommen.

Dr. Sisingh vertritt die Auffassung, daß die Zukunft den Konstruktionen gehöre, die zwar waagerechte Luftschrauber zum Auf- und Abstieg, während des Geradeausfluges jedoch kleine Tragflügel benutzen. Vor allem aber müßten die Hubschrauber mit mehreren Motoren ausgerüstet werden, um den Sicherheitsfaktor zu erhöhen. Die Briten, so meinte Dr. Sisingh, seien an der Weiterentwicklung von Hubschraubern relativ uninteressiert. In Großbritannien herrsche die Ansicht, daß die USA schon Hubschrauber zur Verfügung stellen würden, falls dies notwendig werden sollte. Sisingh war nach dem Kriege zeitweilig an der Hubschrauber-Versuchsabteilung des britischen Luftfahrtinstitutes in Farnborough angestellt.

## Sarubin wird Nachfolger Panjuschkins

Washington (UP). Der sowjetische Botschafter in Washington hat nach einer fast selbständigen Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister Acheson mitgeteilt, daß er am kommenden Sonntag nach Moskau einkehren werde, um sich „neuen Aufgaben“ zu widmen. Aus diplomatischen Kreisen verlautet, daß Georgi Sarubin, der bis vor kurzem sowjetischer Botschafter in London war, die Nachfolge des abberufenen Panjuschkin antreten werde.

## Eden neuer Präsident der OEEC

### Butler wird ihn meist vertreten

Der Ministerrat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) wählte den britischen Außenminister Anthony Eden zum Nachfolger des holländischen Außenministers Dirk Stikker zum Präsidenten des Rates. Großbritanniens Schatzkanzler, R. A. Butler, nahm die Wahl im Namen der britischen Regierung an. Er bat den Rat jedoch um die Genehmigung, Eden in den Fällen vertreten zu dürfen, in denen der Außenminister anderweitige Verpflichtungen zu erfüllen hat. Der Ministerrat stimmte diesem Verlangen zu.

Der Ministerrat beschloß ferner, einen besonderen Ministerrat auszuwählen. Dieser soll so bald wie möglich den Rat über die Ergebnisse einer noch vorzunehmenden Untersuchung über inflationistische Tendenzen in den OEEC-Ländern berichten. In der sechsköpfigen Minister-Arbeitsgruppe ist die Bundesrepublik durch Vizekanzler Müller vertreten. Der Sonderbeauftragte Präsident Trumans und US-Botschafter bei der Nordatlantikpakt-Organisation, William Draper jr., wird an den Sitzungen der Gruppe als Beobachter teilnehmen.

Der Leiter der ständigen italienischen OEEC-Delegation, Al. Ino Caciali, wurde zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses der OEEC gewählt. Dieser Posten wurde bisher von dem britischen Schatzkanzler Butler ausgefüllt.

## Neue DKV-Verhandlungen beginnen

### Adenauer protestierte bei McCloy

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in einem Schreiben an den amerikanischen Hochkommissar McCloy gegen die in der alliierten Verordnung vorgesehene Form der Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufs (DKV) protestiert. Daraufhin haben sich die Alliierten zu neuen Verhandlungen über das Schicksal des Deutschen Kohlenverkaufs bereit erklärt. Die Verhandlungen sollen von den Sachverständigen schon in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Der Bundeskanzler selbst wird sich vorläufig nicht einschalten.

Der DKV soll nach den deutschen Wünschen bis Ende des kommenden Winters erhalten werden. Die Alliierten haben demgegenüber angeordnet, daß die Liquidation sofort beginnen soll und der DKV seine Tätigkeit nur bis zur Schaffung der vorgesehenen Gruppenverkaufs büros spätestens aber bis vier Monate nachdem die Hohe Behörde des Schuman-Plans ihre Tätigkeit aufgenommen hat, fortsetzen darf.

## Weniger Exporte nach Frankreich

### Neues französisches Einfuhrprogramm

Das französische Außenministerium gab eine Übergangsregelung für die Abwicklung des deutsch-französischen Handelsverkehrs im zweiten Vierteljahr 1952 bekannt. In einem Kommuniqué heißt es, entsprechend den Empfehlungen des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) hat die Bundesrepublik einwilligend den größten Teil ihrer Lieferungen an Frankreich, bis zu 50 Prozent zu kürzen, jedoch ihre eigenen Bezüge aus Frankreich in der vereinbarten Höhe voll abzunehmen. Die in der Zeit vor dem französischen Liberalisierungstop abgeschlossenen Kontrakte werden im Rahmen der bevorstehenden französischen Einfuhren bevorzugt behandelt werden. Auf der anderen Seite hatte Frankreich in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der OEEC zugesagt, die Lieferung gewisser Rohstoffe zu erhöhen, an denen die deutsche Wirtschaft interessiert ist. Die vorstehende Regelung wurde auf Grund deutsch-französischer Regierungsverhandlungen in Paris vereinbart.

## Iran will in Deutschland Öl verkaufen

Die baldige Gründung einer deutsch-iranischen Handelskammer kündigte der iranische Wirtschaftsminister Dr. Ali Amini in Hamburg an. Sitz dieser Handelskammer soll Hamburg sein, das in seinen Mauern über 80 iranische Firmen und eine der größten europäischen Kolonien von Persern beherbergt. Dr. Amini, der sich seit dem 15. Mai auf einer inoffiziellen Reise durch das Bundesgebiet befindet, sagte, die noch nicht freigegebenen deutschen Vermögenswerte im Iran würden in Kürze zurückerstattet werden. Deutsche Kaufleute im Iran dürften in

zukünftig auch importgeschäfte tätigen, da auch die persischen Kaufleute in Deutschland keinerlei Beschränkungen unterworfen seien. Die Aussichten für den Absatz deutscher Waren im Iran bezeichnete der Minister als gut. Der Iran habe großes Interesse am Ölverkauf in Deutschland, sagte der Minister weiter, man habe diese Frage bisher jedoch offiziell nicht angeschnitten.

## Jetzt mit Hausbrandkohle eindecken!

### Bonn stellt 6,4 Millionen Tonnen bereit

Um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich bereits während der Sommermonate mit Kohle für den Winter einzudecken, hat der Bundeswirtschaftsminister veranlaßt, daß im dritten Quartal 1952 für den Hausbrand und Kleinverbrauch 6,4 Millionen Tonnen Kohle bereitgestellt werden. Das sind 1,8 Millionen Tonnen mehr, als im zweiten Quartal 1952. Gleichzeitig hat der Bundeswirtschaftsminister die zuständigen Ministerien der Länder gebeten, rechtzeitig die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um eine frühzeitige Bevorratung der Krankenhäuser, Schulen, Anstalten usw. zu ermöglichen. Mit der Schaffung eines Vorrats während der Sommermonate werde im Interesse aller Verbraucher eine Entlastung für die Wintermonate angestrebt, in denen Bergbau und Verkehr erhöhten Anforderungen ausgesetzt sind.

## Erhard: Keine Rüstungskonjunktur

### Auch kein Grund zu Preiserrhöhungen

Bundeswirtschaftsminister Erhard sagte in Hannover bei einer Handwerkerkongregation, der deutsche Verteidigungsbeitrag werde keine Rüstungskonjunktur mit sich bringen. Es bestehe auch kein Grund zu einer „wirtschaftlichen Hysterie, zu dramatischen industriellen Entwicklungen oder Preiserrhöhungen“. Die Versorgung „einer Soldaten mit typischer Kleidung“ sei eine rein wirtschaftliche Aufgabe, die keine Organisations- oder Disziplinierungsmaßnahmen erfordere und keine Intendantur-Räte zur Abwicklung notwendig habe.

## Handelsverträge mit Iran

### Wirtschaftsminister Amini in Bonn

Der seit einer Woche in der Bundesrepublik weilende iranische Wirtschaftsminister Dr. Ali Amini hat in Bonn mit den zuständigen deutschen Regierungsstellen über die weiteren deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen verhandelt, die jetzt zur Unterzeichnung verschiedener Vereinbarungen geführt haben.

Die neuen Vereinbarungen auf dem Warensektor sehen ein Ausfuhrvolumen von jeweils rund 50 Millionen Dollar vor. Als deutsche Ausfuhrwaren sind umfangreiche Lieferungen von Maschinen (insbesondere Dieselmotoren, Baumaschinen, Traktoren, Landbaumaschinen, Kraftfahrzeuge, Transformator, Textilmaschinen) und Anlagen zur Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie, Stahlkonstruktionen sowie Verbrauchsgüter in breiterer Streuung (wie Eisen- und Metallwaren, Textilien) und auf dem Ernährungssektor u. a. Zuchtvieh, Getränke, Zuckerrübensaat, Hopfen und Malz vorgesehen. Auf der Einfuhrseite kommen insbesondere in Betracht Kupfer-, Blei- und Zinkruder, chemische Grundstoffe, Ölsäen für industrielle Zwecke, Wolle, Baumwolle, Hammel-, Schaf-, Ziegen- und andere Kleintierfelle, Seide und Seidenabfälle, Teppiche, Trockenfrüchte, Ölsäen für Futterwecker, pflanzliche Öle, Hülsenfrüchte und Reis. Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministers dürften die Voraussetzungen zur Rück-erstattung des deutschen Vermögens im Iran geschaffen worden sein.

## Weiterer Rückgang der Arbeitslosenziffer

In der zweiten Mai-Hälfte ist die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet um weitere 33 400 auf 1 311 961 zurückgegangen. Wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilte, wurden Ende Mai 845 266 männliche und 466 696 weibliche Erwerbslose gezählt. Die stärkste Abnahme hat Bayern zu verzeichnen, wo sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber Ende April 1952 um insgesamt 46 857 verminderte. Es folgen Niedersachsen mit minus 32 099, Nordrhein-Westfalen mit minus 16 122, Schleswig-Holstein mit minus 10 088, Hessen mit minus 8227, Württemberg-Baden mit minus 5119.

Hamburg mit minus 3637, Rheinland-Pfalz mit minus 3217, Württemberg-Hohenzollern mit minus 1558, Baden mit minus 1460 und Bremen mit einer Abnahme um 1383.

## Frühkartoffeln und Katastrophenklausel

Die deutschen Frühkartoffelanbauer haben keine Chance mehr, für ihre ersten Kartoffellieferungen in diesem Jahr einen Anfangspreis von 25 DM für 50 kg zu erzielen, da die „Italiener“ an den ersten beiden Geschäftstagen nach Pfingsten bereits nur 22,50 bis 17,50 DM je 50 kg kosteten, berichtet der Deutsche Bauernverband. Das Bundeskabinett habe unverständlicher Weise den Antrag des Bundesernährungsministers abgelehnt, die Einfuhr von Frühkartoffeln aus Italien mit Hilfe der im deutsch-italienischen Handelsvertrag vorgesehenen „Katastrophenklausel“ einzuschränken oder zu verhindern. Für die deutschen Frühkartoffel-Erzeuger sei ein Anfangspreis von 25 DM je Zentner unerlässlich.

## Unterschiedliche Preisentwicklung

### Monatsbericht der BdL — Defizite bei Bund und Ländern

Die Preise in der Bundesrepublik zeigten, wie die Bank deutscher Länder in ihrem neuesten Monatsbericht mitteilt, von April bis etwa Mitte Mai eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Die von Markteinflüssen bestimmten Preise gingen auf Grund des steigenden Angebotsdruckes bei geringerer Nachfrage überwiegend zurück. Dies gilt ebenso für eine Reihe von Grundabrechnungsmitteln wie auch vor allem für gewerbliche Verbrauchsgüter. Auf der anderen Seite waren aber im Bereich der inländischen Grundstoffe auch einige nicht unbedeutliche Preiserrhöhungen zu verzeichnen. Dabei handelte es sich teils um amtliche Heraussetzungen gebundener Preise, teils um die Nachwirkungen von früheren Preiserrhöhungen. Im Gesamtergebnis blieben jedoch die hauptsächlichsten westdeutschen Preisindizes fast unverändert. Bei den industriellen Verbrauchsgütern hielt auf der Einzelhandelsstufe der Druck auf die Preise unverändert an. Hier von wurde in erster Linie der Textil- und Bekleidungssektor betroffen.

Neben anderen Faktoren wirkten sich im April auch die öffentlichen Haushalte expansiv auf die Geldversorgung aus, wie aus dem Monatsbericht der Bank deutscher Länder weiter zu entnehmen ist. Nicht nur der Bund, sondern auch die Länder wiesen aus zahlungstechnischen Gründen Kassendefizite auf, die von den gleichzeitig von der Sozial- und Arbeitslosenversicherung erzielten Überschüssen nicht aufgewogen wurden. Im Mai trat allerdings wieder eine gewisse Entspannung auf diesem Gebiet ein. Die Einnahme-Entwicklung im April habe bei den öffentlichen Haushalten nicht den ursprünglichen Erwartungen entsprochen.

## Maßnahmen

### wegen „illegalen Osthandels“

#### USA beschuldigen 87 deutsche Firmen

Die USA haben der Bundesregierung die Namen von 87 westdeutschen Firmen mitgeteilt, die ihrer Ansicht nach „unerlaubten Handel“ mit Staaten des Sowjetblocks getrieben haben. Gleichzeitig wurden gegen die beschuldigten Betriebe auf dem Verwaltungswege vorläufige Maßnahmen getroffen. Die Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen und den Marshallplan haben bereits einen Teil der von den Amerikanern zum Vorwurf gemachten Verstöße geprüft und in 25 Fällen eine Antwort erteilt. Die USA haben daraufhin ihre Maßnahmen gegen diese 37 der 87 beschuldigten Firmen durch endgültige Maßnahmen ersetzt.

Die USA können nach Mitteilung der MSA die in „illegalen Osthandel“ verwickelten westdeutschen Firmen folgendermaßen zur Rechenschaft ziehen: 1. Verweigerung von aus den USA exportierten strategischen Gütern; 2. Verweigerung der Zuteilung oder Zugangsmöglichkeit von durch die MSA finanzierten Warenbeständen; 3. Verweigerung von MSA-Gegenwertmitteln; 4. Bekanntgabe der Namen der betreffenden Firmen an die Beschäftigungsdienststellen der in Deutschland stationierten alliierten Streitkräfte und Dienststellen mit dem Ersuchen, sie von Lieferprogrammen zu streichen. Die Strafmaßnahmen werden zunächst nur mit zeitweiliger Wirksamkeit angewendet. Danach wird der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, den Sachverhalt festzustellen und Vorschläge zu machen. Erst dann wird, als letzte Stufe, die endgültige Maßnahme eingeleitet.



## Auf Silbernen Schwingen

Roman von Anita Hunter

Copyright by Hamano-Meyerpress durch Verlag v. Graberg & Görz, Wiesbaden

(20. Fortsetzung)

Sie barg den Kopf an seiner Brust, er fühlte, wie sie zitterte, aber er konnte ihr nicht helfen. Er war auch nur ein Mann und er liebte diese Frau, er liebte sie — und er konnte es ihr jetzt nicht leichter machen.

„Was dann — Sheila? Meinen Sie, daß Sie mir eine Hoffnung geben würden, wenn ich de Alveires helfe? Meinen Sie, daß ich Sie dann fragen darf? Antworten Sie mir, Sheila!“ Sie sah zu ihm auf, ihre großen Augen brannten wie Feuer, aber ihre Stimme klang fest:

„Ja, Hendrik — wenn Sie Hernando de Alveires Werk retten — dann will ich immer bei Ihnen bleiben — immer, Hendrik!“ Er beugte sich zu ihr hinunter. Er nahm ihren schmalen Kopf in seine Hände — aber er küßte sie nicht.

Eine drückende Hitze lag über Paradesio, kein Lüftchen regte sich. Die alte Senora war seit Tagen nicht mehr aus ihrem Zimmer gekommen. Senora Rivereda sagte täglich, daß sie abreisen müsse, aber sie ließ nie ihren Worten die Tat folgen. Seit Sheila fort war, war sie ihrer Sache wieder sicherer geworden.

Hernando de Alveires schien mehr und mehr in Lullabee verliebt zu sein. Er überredete sie mit Gaben — aber das Wort, auf das sie hoffte, sprach er nicht aus. Er reizte sie in seiner schönen Männlichkeit. Zum ersten Mal in ihrem Leben fühlte sie Liebe für einen Mann, zum ersten Mal war es nicht nur Berechnung. Und deshalb verließ sie zum ersten Mal ihr klarer Verstand. Sie schlug sie War-

nungen, die ihr Harry Giess hatte zukommen lassen, in den Wind. Sie wollte nicht fühlen, daß der Boden unter ihren Füßen schwankte. Sie mußte alles auf eine Karte setzen. Lullabee setzte, sie trommelte nervös mit ihren langen, schlanken Fingern auf dem seidenen Bezug des Sessels, der unter den schattigen Palmen auf dem Patio stand.

Hernando de Alveires beobachtete sie, er sah diese Nervosität, er sah das unterdrückte Zittern der Mundwinkel — aber er schwieg. Als er aufstand, sah Lullabee ihn fragend an, aber er forderte sie nicht auf mitzukommen. „Nein — es ist zu heiß, es ist besser. Sie halten sich heute hier im Schatten ganz ruhig auf dem Patio — ich muß leider zum Flugplatz. Ich habe eine Verhandlung mit ein paar Leuten, die von Cuba herübergekommen sind — es wird spät werden, ehe ich zurück bin. Machen Sie es sich bequem —“, er beugte sich dicht zu Senora Rivereda herab. Eine Woge des süßen, schweren Parfüms strömte über ihn hinweg. Seine Stimme wurde dunkel und lockend — „Ich werde Sehnsucht nach Ihnen haben, bis ich wieder hier bin!“ „Wirklich, Hernando?“ Er antwortete nicht, nur seine Augen sprachen.

Wenige Minuten später fuhr er in seinem starken Sportwagen in der Richtung des Flugplatzes davon.

Jetzt war die Gelegenheit gekommen, um Al Smith ein bißchen das Maul zu stopfen. Sie mußte ihm den kleinen Finger reichen, damit er nicht im ungünstigen Augenblick die ganze Hand nahm. Sie wußte, wo Hernando de Alveires die Papiere hatte. Er würde nicht vor dem späten Abend zurückkommen...

„Ich glaube, ich fahre ein wenig am Strande entlang, es ist zu heiß hier,“ sagte sie zu Genevieve, die regungslos auf einem Liegestuhl lag und mit leeren Augen in die Ferne blickte. Genevieve antwortete nicht und Lullabee ging mit einem Achselzucken. Doch kaum hatte sie den Rücken gewandt, als Genevieve hellwach wurde. Lautlos stand sie auf, schlüpfte die

Steinstufen herunter und war wenige Sekunden später verschwunden. Lullabee hatte den kleinen weißen Sportwagen vorfahren lassen und fuhr langsam auf dem schmalen Weg am Strand entlang. Sie hatte ihren Plan klar. Die ganze Angelegenheit würde in wenigen Minuten erledigt sein. Al Smith würde einen Brocken zugeworfen bekommen, und sie in Frieden lassen.

Hernando de Alveires hatte anscheinend die Wachen, die er nach dem Brand im Laboratorium damals stationiert hatte, wieder entlassen. Auf jeden Fall lag das langgestreckte graue Gebäude wie verlassen. Als Lullabee in der Dämmerung dort ankam, sah sie sich nach dem taubstummen Neger um, aber auch er schien nicht da zu sein. Er hätte sie auch nicht gestört, denn er kannte sie ja von den Besuchern mit Senor de Alveires. Sie sah sich nach allen Seiten um — nichts rührte sich. Alles atmete Friede und Unberührtheit. Lullabee lief schnell die Treppe hinauf. Sie kannte den Weg genau. Einen Moment schloß Lullabee die Augen. Ihr Herz klopfte, nicht vor Angst, dieses Gefühl war ihr fremd, — sondern nur darum, weil dieses Zimmer ganz die Atmosphäre trug, die diesen Mann umgab, den sie so leidenschaftlich liebte. Jedes Verbrechen war ihr recht, ihn zu bekommen.

Ihre Hand zitterte nicht eine Sekunde, als sie die Kombination des Schlosses einstellte. Lautlos glitt die schwere Stahltür des Wand-schranks auseinander. Sie streckte die Hand aus und griff nach der Mappe. Ein plötzlicher Luftzug ließ sie herumfahren. In der geöffneten Tür stand plötzlich ein Mensch, — still und ruhig, eiskalt und überlegen... „Legen Sie die Mappe zurück“, sagte Genevieve mit ihrer seltsamen hohen Stimme. Lullabee lachte hell auf — aber der Laut erstarrt in ihrer Kehle, als sie sah, wie Genevieve ganz ruhig den Arm hob, in dessen Hand ein kleiner bläulicher Stahl blitzte. „Machen Sie keine Dummheiten“, sagte Lullabee verächtlich. Genevieve lächelte unheimlich. „Ich glaube nicht, daß ich es bin, die hier Dummheiten macht. Legen Sie die Mappe zurück. Ich treffe haargenau mit diesem Dolch — ich habe schon seit

meinem vierten Lebensjahr mit dem Messer werfen können.“ Lullabee zuckte die Achseln. Sie machte eine Bewegung, als wolle sie die Mappe in den Schrank zurücklegen, aber ganz plötzlich warf sie sich hinterüber, traf die schmächtige Gestalt Genevieves mit ihrer ganzen Wucht, so daß sie beide zu Boden stürzten. Klirrend fiel das Messer aus Genevieves Hand. Wie der Blitz war Lullabee über ihr. Genevieve hatte nicht viel Chancen. Sie wehrte sich kaum. Lullabees eiserner Finger schlossen sich um ihren Hals.

„Saubere Arbeit — Lullabee Hangrin...“ Die Stimme des Mannes klang tief und knurrend. Lullabee kannte diese Stimme — aus tausenden hätte sie sie herausgehört. „Gill“, flüsterte sie — „Gill!“ Sie sah plötzlich wie eine alte Frau aus, vergrämt und müde. „Wie kommst du hierher, Gill?“ Ihre Stimme war heiser. „Mit dem Flugzeug, mein Schatz, unter polizeilicher Bewachung, geliebte Frau, amerikanische G-men und englische Panzer! Besser ging es nicht!“ „Wer hat —“, Lullabees Stimme erstarb. Hinter Gill war eine Gestalt aufgetaucht, eine Frau mit Silberhaar und Augen, in denen Goldfunken flimmerten, Sheila Garner...

„Das Spiel ist aus, Senora Rivereda — oder wie Sie sich nennen mögen. Zweitmal haben Sie mir die Mappe weggenommen — das dritte Mal behalte ich sie —“ Sheila drückte die kleine rote Saffianmappe an sich. Nun würde sie Gelegenheit haben, sie Hernando de Alveires abzuliefern, wie sie es damals in der havarierten Dakota versprochen hatte. Und dies würde der letzte Liebesdienst sein, den sie ihm erweisen konnte.

Man hörte ein Auto in rasender Fahrt herbeikommen. Sheila kannte diesen Motor. Es war Senor de Alveires' starker Sportwagen. Sie wollte ihm nicht begegnen. Sie wollte nicht dabei sein, wenn er erfuhr, daß diese Frau, die er liebte, eine Verbrecherin war. „Wohin“, fragte Stonewell, als Sie an ihm vorbei aus der Tür schlüpfen wollte.

(Fortsetzung folgt)